

Zu Besuch bei Roko RN 20.07.2013

Integrationsfirma Gabriele Fograscher informiert sich

Nördlingen Bei einem Gespräch vor Ort mit den beiden Roko-Geschäftsführern Johann Uhl und Erich Geike machte sich die Bundestagsabgeordnete Gabriele Fograscher (SPD) ein Bild von der Beschäftigungssituation der Integrationsfirma Roko.

Die GmbH beschäftigt derzeit etwa 130 Mitarbeiter an den Produktionsstandorten in Asbach-Bäumenheim, Dillingen und Nördlingen sowie in den beiden CAP-Lebensmittelmärkten in Lauingen und Nördlingen. Mehr als die Hälfte der Beschäftigten sind Menschen mit Handicap.

Bereits im März 2009 trat in der Bundesrepublik Deutschland die UN-Konvention zum Schutz und zur Förderung der Rechte behinderter Menschen in Kraft. Eine Kernaussage der Konvention fordert „die Möglichkeit, den Lebensunterhalt durch frei gewählte Arbeit zu verdienen in einem offenen, integrativen und für Menschen mit Behinderung zugänglichen Arbeitsmarkt und Arbeitsumfeld.“

Die Wirklichkeit, so Geschäftsführer Erich Geike, sei von diesem Ziel noch weit entfernt. Besonders für Menschen mit Behinderung eröffneten sich die Zugänge zum allgemeinen Arbeitsmarkt nur unzureichend und in einem viel zu geringen Umfang.

Die den Firmen durch die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen entstehenden Nachteile würden zum Teil insbesondere durch Fördermittel aus der Ausgleichsabgabe ausgeglichen. Um die Inklusion im Arbeitsleben schneller, direkter und in ausreichendem Maße zu erreichen, müsse die finanzielle Ausstattung der Ausgleichsabgabe für diesen Bereich angehoben und zukunftsfest gestaltet werden, sagte Johann Uhl.

Die Bundestagsabgeordnete Gabriele Fograscher sicherte zu, dass sich die SPD-Bundestagsfraktion für einen gesetzgeberischen Impuls durch ein Sonderprogramm des

Bundes für schwerbehinderte Arbeitslose einsetze, um so einen wesentlichen Beitrag zum Abbau der spezifischen Arbeitslosigkeit schwerbehinderter Menschen zu leisten. Weiter appellierte sie an die öffentlichen Auftraggeber, Integrationsunternehmen wie die Roko zu unterstützen. Mit der Änderung des Vergaberechts im Dezember 2008 seien soziale und ökologische Kriterien in das deutsche Wettbewerbsrecht eingeführt worden. So eröffneten sich im Grundsatz neue Chancen, bei öffentlichen Aufträgen auch die berufliche Teilhabe und Inklusion am Arbeitsmarkt benachteiligter Personen zu fördern. (pm)



Auf dem Foto von links: Johann Uhl (Geschäftsführer), Johann Dieminger (Betriebsleiter), Erich Geike (Geschäftsführer), Gabriele Fograscher (MdB), Horst-Hermann Müller (Mitarbeiter der Roko).
Foto: privat